



... nur potemkinische Dörfer. Hier wird für jeden die Unmöglichkeit klar, in der Gegenwart der bolschewistischen Obrigkeit die wahre Meinung des russischen Proletariats über die heutige Lage der Dinge in Rußland zu hören. Das wirkt gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse der bolschewistischen Klasse und der Arbeiterklasse. Die Zurückhaltung und die Kälte des Iwano-Wosnesensk Proletariats erklärt sich nämlich nicht mit dem eigentlichen Sektizismus der Weber, sondern damit, daß Iwano-Wosnesensk vor kurzem das Zentrum der Streikbewegung in der Textilindustrie war. Die bolschewistische Presse aber, die sich laut Arbeiterpresse nennt, hat garrnichts über diese Bewegung, die mit Drohungen, die Arbeiter zu entlassen, und in manchen Orten mit kleinem Nachgeben erstickt wurde, geschrieben. Genau so wie 1923 die bolschewistische Presse erst einige Monate nach dem Ersticken der Streikbewegung angefangen hat, darüber zu sprechen, so erwähnt sie die jetzige Bewegung, und dabei sehr vorsichtig, erst im Juli. (Siehe „Pravda“ vom 17. und 19. Juli.) Wir lassen dies vorläufig und werden die entsprechenden Stellen, in denen man die Streikbewegung zugeht, wiedergeben, wenn wir bei der Frage der russischen Gewerkschaften angelangt sind. Wir stellen fest, daß es in einem Lande, in dem die streikenden Arbeiter Staatsgeheimnisse sind, über die es verboten ist, zu schreiben, etwas faul ist. Wir behaupten, daß die Erklärung der Bolschewisten, die Delegationen könnten alles sehen, da die Bolschewisten nichts verheimlichen wollen, eine Lüge ist. Wenn die Bolschewisten nichts verheimlichen wollen, weshalb machen sie aus dem Streik ein Geheimnis? An dem Beispiel von Iwano-Wosnesensk stellen wir fest, daß der von den bolschewistischen Obrigkeit und von bolschewistischen Dolmetschern begleiteten deutschen Delegation die wahren Stimmungen der russischen Arbeiterschaft fremd geblieben sind, sonst würde sie sich nicht wundern über die Kälte der Textilarbeiter, würde sich diese nicht mit einer Berufspsychologie erklären. Wenn die russischen Arbeiter frei und ohne Angst vor der Obrigkeit sprechen könnten, wenn sie nicht Verfolgungen, Entlassungen zu gewärtigen hätten, dann hätte die deutsche Delegation von der Streikbewegung der Textilarbeiter sicher erfahren können. Diesen Fall soll man sich vor Augen halten, wenn die deutschen Delegationen (vom 2. August) ihr „Untersuchungen“ spricht. Nach „Trud“ (vom 2. August) hat sich der Teil der deutschen Delegation, die den Uralt unter sucht hat, sehr für den Streik interessiert. Die Frage des Streiks, schreibt sie, wurde auch von den Delektierten in allen Bezirken, in allen Unterhaltungen mit den Arbeitern gestreift. Zugeständnisse haben sie natürlich nicht erhalten. Zurück kehrt von einem Arbeiter-Meeting hat Genosse Rosenthal (Mitglied des Zentralrates der Gewerkschaften, Vorsitzender des Uralt-Gewerkschaftsrates, der die deutsche Delegation in den Uralt begleitete, s. „Trud“ v. 20. August) vorgeschlagen, daß die Anwesenden, die von Unterdrückungen, von Streiks wissen, die Hände aufheben möchten. — Aber keine Hand erhob sich. Es ist klar, daß bei einer solchen Methode der „Untersuchung“ (immer im Beisein der Obrigkeit), uns die deutsche Delegation, sowie alle anderen, garrnichts geben kann, noch nicht einmal das Einzige, was man von einer Sommerreise erwarten könnte, nämlich Aufklärung über die wahren Verhältnisse und die Stimmung der russischen Arbeiterklasse und überhaupt den heutigen Stand der Dinge. Weiter an Hand von Material aus bolschewistischen Quellen (leider existieren keine anderen Quellen, und könnte nur eine ernsthafte Untersuchung an Ort und Stelle, ohne die Vormundschaft der bolschewistischen Behörden, andere Quellen erschließen) werden wir zeigen, daß die deutsche Delegation und ihre Mit schwestern nichts anderes gesehen haben, als potemkinische Dörfer und Sowjetwägen.

### Illegale Arbeit

Skizze aus der revolutionären Bewegung Kanadas.

Es war im Herbst 1918 in Kanada. Die Regierung hatte unsere Zeitung verboten. Es war unmöglich, genügend Material aus den Vereinigten Staaten über die Grenze zu bekommen, um den Arbeitern in den Industriestädten Kanadas die Nachrichten über die revolutionären Bewegungen in Europa, insbesondere der russischen Oktoberrevolution, zu übermitteln. Ingehörigen Lagemächten wurden verbreitet. Die mit der revolutionären Bewegung noch wenig vertrauten Arbeitermassen konnten das Wahre von dem Falschen nicht unterscheiden. Es galt also Aufklärungsarbeit zu leisten. Eine Presse hatten wir nicht, so mußten wir Flugblätter herausgeben. Es gab nur einen Drucker der bereit war, unser Material zu drucken. Aber dieser Drucker war bei der Polizei schon so bekannt, daß er fürchtete, man würde ihm die Maschinen beschlagnahmen, oder er würde weiter für die „Extremisten“ arbeiten würde, andererseits wollte er sich auch den kleinen Verdienst nicht entgehen lassen. Wir kamen daher auf folgenden Ausweg: der Inhaber der Druckerei sollte von den in seiner Werkstatt hergestellten Flugblättern nichts wissen. Der erste Wurf gelang. Wir konnten in vier Städten im Osten Kanadas, überall dort, wo sympathisierende Arbeitergruppen hatten, in einer Nacht, in derselben Stunde, Zehntausende von Flugblättern verteilen. Geöffnet und in Kuverts gesteckt, fanden die Bewohner der Arbeiterviertel eines Morgens in ihren Briefkästen diese Flugblätter vor. Die Polizei tobte. Die bürgerliche Presse hetzte. Spaltenlang wurden unsere Flugblätter in den erschrockenen Schmokblättern abgedruckt und kamen so zum Kenntnis der weitesten Kreise. Die Polizeibehörden hatten besonders die geheimnisvolle Art der Verbreitung in Ehrlich gebracht. Tagelang beobachteten sie die verdächtigen Versammlungsorte und die Wohnungen bekannter Revolutionäre. Aber sie konnten nicht zugreifen. Man lud unseren Drucker zur Vernehmung, aber er konnte ruhig sagen, daß dieses Wissen nichts in seiner Druckerei hergestellt worden war. Man konnte es ihm nicht beweisen, aber man beobachtete nun dauernd sein kleines Geschäft. Unter der Arbeiterschaft hatten diese Flugblätter glänzende Wirkung. Sie brachten sie in die Fabriken und sprachen das Leben. Der lange Krieg hatte auch in diesen von den Kriegsnutzen nicht heimgegangenen Lande eine Kriegsmüdigkeit mit sich gebracht, und das Flugblatt löste diese zurückgehaltene Stimmung aus. Allmählich jedoch vererbte die Aufregung. Es war Zeit, ein neues Flugblatt herauszugeben. Und dieses Mal erschien das Flugblatt gesetzt in gutem Maschiendruck mit Linotyp. Neue Aufregung der Polizei und

### Wer hat in Rußland die Macht?

Das wichtigste Resultat von der Sommerreise der deutschen sowie der anderen Delegationen ist die Entdeckung, daß in Rußland die Arbeiter die Herren des Landes sind. So lautet fast alle Erklärungen der Overtakenen Delegation: „Die Arbeiterklasse — sagt Overtakenen in Tula. — hat die Macht in ihren Händen und benutzt sie zur Verbesserung ihrer Lage.“ („Trud“, 9. August.) „In Rußland“, — erklärt Katzing in Tula. — „existiert keine Diktatur über das Proletariat... sondern Diktatur des Proletariats selbst.“ („Trud“, 9. August.) In demselben Sinne äußert sich Leitner in Nischup-Novgorod: „Schon am 2. Tag nach unserm Ankommen, nach dem Besuch in den Putschdow-Werken, haben wir empfunden, daß die russische Arbeiterklasse selbst ihre eigene Zukunft baut und die sozialistische Gesellschaft errichtet.“ („Trud“, 13. August.) Nur Freiberger, der allem Anschein nach am besten die bolschewistische „Theorie“ schon beherrscht, macht eine kleine Verbesserung im Sinne, daß nicht die Arbeiter selbst, sondern zusammen mit den Bauern regieren. „Die Delegation“, sagt er in seiner Rede in Saratow, „hat sich von der Richtigkeit der Politik der Kommunistischen Partei überzeugt; die Delegation ist aufrichtig überzeugt, daß Rußland eine Arbeiter- und Bauern-Republik ist. Rußland baut die sozialistische Wirtschaft auf... Die Macht befindet sich in den Händen der Arbeiter und Bauern. Diese Macht handelt im Sinne der Arbeiter- und Bauerninteressen.“ („Trud“, 18. August.) Augenblicklich lassen wir die Frage offen, inwiefern man in Rußland die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft aufbaut, um die Frage zu untersuchen, wer in Rußland regiert. Es ist bekannt, daß wenigstens theoretisch die Macht in Rußland sich in Händen von Sowjets befindet. Sie werden aber nicht nur von Arbeitern, sondern von Bauern, von der Armee (die in ihrer großen Mehrheit wieder aus Bauern besteht) und anderen Elementen, die in den Städten mindestens 40 Prozent von den städtischen Wählern ausmachen, gewählt. Es wäre natürlich ein Unsinn, zu behaupten, daß in einem Lande mit 132 Millionen Einwohnern (nach der Volkszählung von 1922 — siehe „Jahrbuch“ für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1922—23), und wo am 1. Januar d. J. in der Industrie ca. 1.764.000 Arbeiter beschäftigt worden sind („Pravda“, 7. Mai 1925), sich die Macht in Händen des Proletariats befindet. Es ist klar, daß auch nach den besten Rezepten für Regierungskunst dasselbe eine Unmöglichkeit ist. Dabei muß man den Charakter der russischen Arbeiterklasse, den Lenin aus besonderen Gründen, obgleich übertrieben, aber im allgemeinen richtig in einer Rede von 1922 aufzeigt, nicht vergessen. „Sehr oft“, sagt er, „wenn man von ‚Arbeitern‘ spricht, denkt man, daß darunter das Fabrikproletariat zu verstehen ist. Das ist noch längst nicht so. Seit dem Kriege befindet sich bei uns in den Fabriken keineswegs proletarisches Volk, sondern solches, daß sich vor dem Kriege bewahren will; und sind denn augenblicklich die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse so, daß wirkliche Proletariat in die Fabriken und Betriebe gehen? Das ist unrichtig. Das ist richtig nach Marx. Marx aber hat nicht für Rußland, sondern für das Kapitalismus in seiner Gesamtheit seit dem 15. Jahrhundert geschrieben. In der Ausdehnung von 600 Jahren ist das richtig, für das Rußland von heute ist das aber unrichtig, das richtig, für das Rußland von heute ist das aber unrichtig, sondern allerlei zufällige Elemente in die Fabriken gelangen“ (Lenin gesamte Werke 18, 2, S. 51 russ.). Sehr interessant und vielversprechend in dieser Beziehung sind die folgenden Daten aus der „Pravda“ vom 4. November 1924. Diese Daten sind der Arbeitsstatistik entnommen. Danach kamen im Jahr 1921 1.228.000 Arbeiter, im Laufe des Wirt-

schaftsjahres 1921-22 1.465.000 Arbeiter. In dieser Zeit sind 1.404.000 Arbeiter weggegangen. Auf diese Weise sind für das Jahr 119 Proz. von dem Anfangsbestand gekommen und 114 Proz. weggegangen. Im Laufe des Jahres 1922-23 sind 1.693.000 Arbeiter gekommen und 1.363.000 gegangen; die gekommenen machen 131 Proz., und 104 Proz., die gegangen. In der ersten Hälfte des Jahres 1923-24 sind 700.000 Arbeiter gekommen und 550.000 gegangen, d. h. in einem halben Jahr sind 40 Proz. gekommen und 30 Proz. gegangen. Diese Zahlen zeigen von einem großen Umfange der Arbeitskraft, die während der ganzen Zeit bei uns in den Unternehmungen vor sich geht. Für ein neues Jahr wird die Industrie ihren Bestand von neuem aufzubessern. Diese Zahlen, wie der Absatz aus Lenins Rede zeigen, daß in Rußland ein würdevolles und energiegelades Proletariat fehlt, daß die unbedeutende Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft noch nicht die Nabelschnur vom dem Kleinbürger und dem Bauerntum gelöst hat. Darum wird wahrscheinlich für viele die annehmere und verminderte Formel gelten: daß in Rußland die Arbeiter und Bauern regieren. Jetzt haben wir zu sehen, ob das richtig ist, und inwiefern wird es klar werden, ob es ein gemeinsames Regieren zwischen Arbeiterklasse und Kleinbourgeoisie möglich ist. — ein erster Schritt die Bauern. — In der ersten Hälfte des Juni wurde vom Exekutivkomitee der USSR eine „Beratung“ über die Fragen des Sowjetanbaues“ einberufen, in welcher die hervorragenden Vertreter der bolschewistischen Regierung und des Parteiapparates anwesend waren. Die von dieser „Beratung“ ernannte Kommission hat nach 4 monatigen Untersuchungen schonbar ihre Arbeit zu Ende gebracht. Ihr Bericht ist aber noch nicht veröffentlicht; und wird auch nicht veröffentlicht werden (d. R.). In der bolschewistischen Presse sind bis jetzt nur Bruchteile von Mitteilungen über das Resultat der Untersuchung dieser Kommission erschienen, die trotzdem eine klare und unabweisende Antwort auf die Frage, wer in Rußland regiert, geben. Man muß doch nicht vergessen, daß diese „Beratung“ einberufen wurde, wegen des wachsenden Boykotts der bolschewistischen „Sowjets“ in den Städten sowie in den Dörfern. In den Dörfern aber war wegen der Schwäche der Staatsmacht und der größeren ökonomischen Unabhängigkeit der Bauern von ihr, dieser Boykott mit einer offenen Manifestation der Unzufriedenheit begleitet, die in einer Welle von Gemeinzeln gegen die Machtorgane und die Korrespondenten der bolschewistischen Presse Ausdruck fand. Zu diesem Fall sagt Stalin vor der „Beratung“ zu den Sekretären der Dörferzellen: „Genossen, die Ereignisse in Georgien (er meint den Bauernaufstand, d. R.) soll man als bezeichnend ansehen. Das, was in Georgien geschah, kam sich überall in Rußland wiederholen, wenn wir nicht die Taktik gegenüber dem Bauerntum grundsätzlich ändern. Wenn wir nicht eine Atmosphäre des vollständigen Vertrauens zwischen der Partei und den Parteilosen schaffen... wenn wir nicht die Sowjets beleben.“ (Pravda, 23. Okt. 1924). Besonders klar liegen die Ursachen für die Einberufung dieser „Beratung“ von der „Beratung“ ernannten Vorragenden Mitglieder, der von der „Beratung“ ernannten Kommission) ausgedrückt. 1. sagt dieser, daß ist der eigentliche Boykott, den wir 1924 durch die Bauern haben. Die Zahl der Bauern, die an diesen Wahlen teilgenommen haben, hat sich aber bedeutend kleiner als bei den Wahlen von 1923 ergeben. Die Wahlbeteiligung der Bauern ist überall zurückgegangen und signalisiert in allen Rayonen die gleiche Gefahr 2. haben wir in den Resultaten der Wahlen für 1924 die Erhöhung der Zahl der Kommunisten in allen Sowjets gehabt. Unter bestimmten Bedingungen konnte eine Erhöhung nur auf das gewachsene Vertrauen der Bauern zu der Partei hinweisen. Das zeigt aber in den konkreten Bedingungen von 1924 vor allem auf die Erhöhung des Pressens und des Kommandierens hin. Diesmal bedeutet die Erhöhung der Zahl der Kommunisten in den Sowjets vor allem das Vorhandensein aller Arten von

Zwangmaßnahmen, mit deren Hilfe diese oder jene Kandidaten von schlecht besuchten Versammlungen, durchgedrückt wurden“ (Pravda, 12. Juni 1925). In einem anderen Artikel gibt derselbe Autor die folgenden offiziellen Zahlen über die prozentuale Beteiligung der Bauern-Wählerschaft in 3 Gouvernements wieder: Nowgorodskaja Gubernia: Uesd Borisow 23,4 v. H., Uesd Wolodyski 35,4 v. H., Denjanskij 27,2 v. H., Malowischerski 20,7 v. H., Uesd Nowgorod 73,4 v. H., Starorusski 18 v. H., Nowokolokoljowskaja Gubernia: Kainski Uesd 34,7 v. H., Kamenskaja 18,7 v. H., Karschtschki 25,1 v. H., Nowonokoljowskij 28,5 v. H., Tscherapanowski 68,9 v. H., Smolenskaja Gubernia: Belski Uesd 13,3 v. H., Wisnenski 33,3 v. H., Gschatski 34,6 v. H., Demidowski 12,8 v. H., Donskowschtschenski 61,1 v. H., Elinski 9,8 v. H., Poslawski 42,6 v. H., Smolenskij Uesd 32,6 v. H., Gurtshchowski 10,2 v. H. Dazu bemerkt Jakowlew folgendes: „Diese amtlichen Daten sind kaum genau genug. Wir können aber mit ihnen rechnen, wenn sie auch nur annähernd sind, weil sie aus den Daten und Berichten zusammengestellt sind, die die Ortsbehörden schicken, und natürlich leiden die letzteren nicht unter der Bestrebung ihre Fehler zu vergrößern.“ (Pravda, 27. Januar 1925) „Und“, schließt dieser daraus, „die Bilanz für den Gang der Wahlkampagne zeigt, daß wir in diesem Jahr nicht nur keine ernsthaften Erfolge beim Heranziehen von Wählern zu den Wahlen im Vergleich zum ‚vergangenen Jahr‘ gehabt haben, sondern wir sind sogar zurückgegangen.“ (Pravda, 27. Januar 1925) Diese allgemeine Verminderung der Wähler-schaft ist aber nicht nur dem Boykott in den Dörfern zuzuschreiben, sondern auch in den Städten. Wegen des Umstandes, daß hier die Machtorgane konzentriert sind, und wegen besonderer ökonomischer Abhängigkeit des Proletariats von der Staatsindustrie, (was wir bei der Erörterung der bolschewistischen Gewerkschaften sehen werden) wird dieser Boykott nicht von einer so offenen Unzufriedenheit begleitet. Der Prozentsatz der beteiligten Wähler ist aus dem folgenden Absatz eines Artikels von Jakowlew zu ersehen: „Im allgemeinen ist die Zahl derjenigen, die sich an den Wahlen beteiligen, 31 Proz. der Wählerschaft in einzelnen Städte-Gruppen. In den Städten bis zu 10.000 Einwohnern sind bei der Wahl — 24 Proz. der Wählerschaft erschienen. In denen von 10—20.000 Einwohnern — 22 Proz. In den Städten von 20—50.000 Einwohnern — 20 Proz., in denen über 50.000 Einwohner — 36 Proz.“ (Pravda, 27. Januar 1925) Es ist bemerkenswert, daß dabei die Zahl der Wahlteilnehmer ununterbrochen fällt. Nach demselben Jakowlew haben sich 1922 nur 36 Proz. von allen Wahlberechtigten beteiligt, im Jahre 1923 — 32 Proz., 1924 — 30,7 Proz. (siehe „Krasna Janow“ Nr. 5 1925 S. 128). Von dieser kleinen Wählerzahl zeigt es sich nach den Daten des Kommissariats des Innern, daß nur 53,5 Proz. auf die Mitglieder der Gewerkschaften und die der Roten Armee fallen, und noch ganze 46,5 Prozent auf die unorganisierten Wähler, d. h. auf die Hausfrauen, Haushandwerker, Gärtner usw.“ (Krasna Janow“ Nr. 5 S. 128). Jakowlew sagt aber nicht, welcher Teil von diesen 53,5 Proz. auf die Arbeiter kommt und welcher auf die Armeen. Die folgenden Zahlen zeigen, daß von diesen 53,5 Proz. ein großer Teil auf die Armeen entfällt, und daß sie die unorganisierten Wähler der Bolschewisten sind. Im allgemeinen haben an den Wahlen von 1924, 72 Proz. von den Rotarmisten 29 Proz. von den Gewerkschaftsmitgliedern und 16 Proz. anderer Wähler teilgenommen.“ Es muß also festgestellt werden, daß in den Sowjetwahlen nur 39 Proz. von den Gewerkschaftsmitgliedern teilgenommen haben! Der größte Teil aber der russischen Gewerkschaften besteht aus Beamten und Angestellten und darum ist es von großem Interesse, zu wissen, wieviel von diesen 39 Proz. auf die Industriearbeiter kommen. Bei Erörterung der Fragen bei den russischen Gewerkschaften, werden wir sehen, daß genug

Tatsachen dafür sprechen, daß sicher nicht mehr als wie 35 Proz. von den Industriearbeitern, die wie wir gesehen haben, ca. 1.764.000 sind, an den Sowjetwahlen teilnehmen. Kurz fassen müssen wir feststellen, daß die Arbeiter sowie die Bauern in ihrem großen Teil sich negativ zu den „Sowjets“ verhalten, weil sie sehen, daß sie nur ein Anhang der bolschewistischen Partei sind. Letztere kann nur mit Gewalt die Zahl ihrer Mandate zu erhöhen oder zu behalten suchen. Mit Gewalt kann man aber nur bis zu einem gewissen Punkte gehen. Die bolschewistische Partei sieht, daß der Versuch, ihre Kandidaten durchzudrücken, treibt die Wähler zum passiven oder aktiven Boykott der Wahlen und bringt die Gefahr mit sich, wie Jakowlew befürchtet, daß die Bauern (dasselbe gilt für die Arbeiter) versuchen werden, für ihre Interessen außerhalb der Sowjets zu kämpfen. Darum hat man sich gezwungen gesehen, die Wahlen für unzulässig zu erklären und neue Wahlen anzusetzen, doch, wo weniger als 35 Prozent Wähler erschienen sind, nach diesem Beschluß sollten sie im größten Teil Rußlands nochmals stattfinden. (Siehe Jakowlew, Pravda 27. Januar 1925.) Solche haben jedoch nur in einem Drittel der Dörfer stattgefunden. Die Behörden der anderen Zweidrittel haben die Beschlüsse der obersten Partei- und Sowjetorgane ignoriert und haben keine neuen Wahlen stattfinden lassen, trotzdem sie verpflichtet waren, das zu tun.“ (Jakowlew, Pravda 12. Juni 1925.) Was die Städte betrifft, so haben auch dort keine Neuwahlen stattgefunden, trotz daß zum größten Teil weniger als 35 Prozent gewählt haben, zum „Belebung“ der „Sowjets“ mußten die Bolschewisten einige Konzessionen machen, z. B. auf die Durchdrückung ihrer Listen um jeden Preis verzichten, um die Wähler nicht gegen die Bolschewisten und die Wahlkommissionen aufzureizen. (Jakowlew, Pravda 12. Juni.) Auf die wichtigsten Mittel aber zur Erpressung der Wähler, nämlich wählen mit Handschellen, hat sie nicht verzichten können. Die unter dem neuen Regime stattgefundenen Wahlen haben eine Verminderung der gewählten Bolschewisten gebracht. Das ist aus den folgenden Zahlen zu ersehen. Der Prozentsatz der Kommunisten und der Mitglieder des Komm. Jugendbundes von allen Gewählten

	Während 1923	1924	1925
In-Sowjet	6,1	11,3	5,9
Amtsbezirkkongressen	11,7	26,8	7,8
Amtsbezirks-Exekutiv-Komm.	40,1	60,6	42,3

Diese Zahlen zeigen unzweideutig, 1. daß der Einfluß der bolschewistischen Partei in vollständiger Abhängigkeit von dem Quantum der ausgeübten Gewalt steht, und 2. wenn sie keine Gewalt mehr auf die Wähler ausüben können, so üben sie sich später auf den Gewählten aus. Was stellen aber die so gewählten „Sowjets“ dar? Von den „Dorssowjets“ die sich nicht von einem gewöhnlichen deutschen Gemeinderat unterscheiden, wollen wir garrnichts reden. Die Frage ist die der städtischen „Sowjets“. „In ihrem größten Teil“ schreibt Jakowlew in der Zeitschrift „Krasnaa Nowta“, die Gouvernements- und Kreissowjets, sowie in dem größten Teil der großstädtischen Sowjets tragen die Sitzungen informatorischer feierlicher Charakter. So z. B. Ekaterinoslaw von 12 Sitzungen sind 8 feierlich gewesen. In Kobryn sind von 7 Sitzungen 5 feierlich gewesen und in Kursk waren von 7 Sitzungen 4 feierlich. Man kann aber selbst die Arbeit von methoden über die geschäftlichen Fragen nicht als zufriedenstellend anerkennen. Gewöhnlich praktiziert man die folgende Methode: Man hört den Bericht; er wird kaum diskutiert, er wird fast niemals als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Aus allen Daten von über 34 Sowjets ist nur ein Fall bekannt, wo der Sowjet die Arbeit der Abteilung als ungenügend bezeichnete. Die Tatsache selbst, daß für ein Jahr in 34 Sowjets nur ein Fall vorkam, bei dem der Sowjet die Arbeit der Abteilung als nicht zufriedenstellend erklärt hat und in allen anderen Fällen gutgeheißen, zeigt, daß im Gebiet der geschäftlichen Arbeit der Sowjets nicht alles in Ordnung ist.“ (Zeitschr. Kasnaja Nowa S. 124.) Weiter (an S. 125) schreibt er, daß für den größten Teil der Städte in 1/4 Monat durchschnittlich nur eine Sitzung stattfindet. Der Besuch ist schwach... Mit der Rechenschaftsablegung steht es auch als schlecht. Von den untersuchten 34 Städten ist nur in 4 von ihnen Rechenschaft von dem Präsidium an das Plenum abgegeben worden, (zwischen diesen 4 sind Moskau und Leningrad) und nur bei 8 Städten ist beschlossen worden, Rechenschaft gegenüber den Wählern abzugeben. Es ist beschlossen, aber ob es durchgeführt worden ist, ist eine andere Frage. Dabei muß man noch etwas, was die Lage noch verschlechtert, hinzufügen. Es muß bemerkt werden, daß man über die Berichte nicht diskutiert. Im besten Falle werden nur Fragen gestellt. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen und natürlich in den meisten Fällen gutgeheißen. Es fehlen jede Daten, die uns zu sagen erlauben, ob die angenommenen Beschlüsse wirklich durchgeführt werden.“ „Hier wollen wir feststellen, daß wir zum Bedauern keinen Fall wissen, wo die Wähler von ihrem Recht auf Rückberufung der Mitglieder der Sowjets, die unfähig zum Arbeiten sind, wirklich Gebrauch gemacht haben. Es gibt keine Gründe, anzunehmen, daß alle Mitglieder der Sowjets gut arbeiten.“ (S. 126.) Es ist klar, daß die heutigen Sowjets in Rußland nur solche nach ihrem Namen sind. Ihre vollständige Verkümmern, sowie der Boykott der Wahlen stehen im engen Zusammenhang. Die Ursachen dafür müssen in dem Stand der russischen Ökonomie und ihren Tendenzen bestimmt ist. Hier können wir betonen, daß in Rußland keine Diktatur der Arbeiter oder der Arbeiter und Bauern existiert, sondern die Diktatur der bolschewistischen Partei, die, weil sie keine bestimmte Klassenpolitik führen kann, für die Erhaltung der Macht mit den Interessen aller Klassen spielen muß. Darum befindet sie sich mit allen im offenen oder versteckten Kampf. (Augenblicklich ist aber keine von diesen Klassen so stark, um ihre Diktatur über die anderen aufzurichten. Das ist die Grundlage des bolschewistischen Absolutismus. Unmöglich sind alle seine Versuche mit jesuitischen Maßnahmen und Reformen in diesem System der

Vergewaltigung. Es kann damit nicht die Sympathie der Massen erobern. Die Forderungen der verschiedenen Klassen nach Freiheit, um ihren Willen Ausdruck zu geben, spricht dafür, daß sie anders wollen, als die bolschewistische Partei. Der Inhalt dieses Willens ist von ihren Klasseninteressen bestimmt. Die Bedrohung dieser Interessen kann nicht mit technischen Maßnahmen erschaffen. Hätten die Bolschewisten die Freiheit zum Ausdruck des Willens dieser Klassen gegeben, das würde die Verwindung der „Sowjets“ in eine Arena des Klassenkampfes bedeuten, und damit ein Ende des bolschewistischen Absolutismus.

### Politische Rundschau

**Ein! Ein! Ein!**  
Entscheidung der 2. Internationale in Marseille.  
Das Vorgehen des englischen Vertreters hat wirklich die Wege der russischen Einheitskampagne geebnet. Überlegen und in den Armen Bogen sich belden, und Weinen vor Schmerz und Freude. Der Kongreß in Marseille hat eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt: „Daß die 2. Internationale reichhaltig für das Recht der neuexistierenden Staaten auf freie unabhängige Existenz eintritt. Sie erklärt mit großem Nachdruck, als Pflicht aller sozialistischen Parteien, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung friedlicher politischer Beziehungen mit der Sowjetunion zu fördern.“ Die Hochzeit ist also eingeleitet. Nun wird der Papst in Rom bald seinen Friedensseggen geben können.

### Stimmungsbild in Rußland

In Rußland animiert sich, wie gemeldet wird, die internationale Bourgeoisie durch Abhaltung eines Autoneums, wie solche in den kapitalistischen Ländern Westeuropas und Amerikas längst bekannt sind. Heute hält die Bourgeoisie es noch für notwendig, ein Mäntelchen über ihre Vermögensgüter zu breiten, indem das Rennen „Zuverlässigkeitsfahrt“ benannt wird. Die Verantwortung liegt in den Händen des Russischen Autoklubs, dessen Mitglieder sicher keine Arbeiter sind. Aus dem Bericht entnehmen wir folgendes: „Im Hotel Europa, wo die Fahrtennehmer untergebracht sind, ist internationales Leben. Man glaubt sich in Paris, in London, in New York, und die dortige und die dortige Some findet zumeist Ausländer und Inländer im Tanz beisammen. Der Staat hat allort für die Arbeiter (soll wohl heißen für die „Besitzenden“) D. Redaktion) Spielclubs eingerichtet, die eine erzieherische Einnahmequelle bilden. Hier kreist der Rubel bis zum frühen Morgen. Wenn er zohmal die Runde gemacht hat, gehört er dem Staat. Wir fragen uns immer wieder, wann diese Stadt (Leningrad), die — ganz im Gegensatz zu Moskau — um Mitternacht zu leben beginnt. „Einige Nachzügler... und Aga, deren einen Wagon Fräulein Stinnes fährt, sind noch eingetroffen. ...“ wird gestartet. Der Präsident des Autoklubs, Litwinow, gibt mit der roten Fahne das Zeichen und unter den Klängen der „Internationale“ geht's los. Ob, die 3. Internationale die Arbeiterdelegationen auf ihren „Käses Rundfahrten“ auch dortin fahren läßt? Wir bezweifeln dies ganz entschieden. Arbeiter der KPd! Fallen euch noch immer nicht die Schuppen von den Augen? Merkt ihr denn garrnichts, wie Schindler mit euch getrieben wird? Merkt ihr nicht die Schande, die euch angetan wird, daß die Bourgeoisie sich die „Internationale“ spielen läßt, um sie zu verulken und das in „Räte-Rußland“? Ist dies noch nicht genug? Was muß denn noch alles kommen, die ihr aufwacht? Wacht auf! rufen wir euch zu. Es ist nie zu spät!

### Wer hat die Rußlanddelegation gewählt?

Am 31. August trifft in Berlin die erste deutsche Delegation von deutschen Arbeitern aus Rußland ein. Mit derselben propagandistischen Aufmachung, mit der sie Deutschland verließen, tritt sie auch wieder hier auf den Plan. Wir müssen es der KPd. lassen, sie hat wirklich etwas weg in der Propaganda. Bei einer näheren Untersuchung der Dinge müssen wir jedoch feststellen, daß die ganze großzügige Propaganda auf ziemlich lauten Boden angebaut ist. Die Rußlanddelegation soll nach den Meldungen der „Roten Fahne“ vom deutschen Proletariat gewählt und geschickt worden sein. Wenn die Delegierten aus den Betriebsversammlungen gewählt worden wären, so könnte man den Meldungen der „Roten Fahne“ glauben. Tatsache ist jedoch, daß man sich von Seiten der KPd. die Delegierten gesucht hat, nicht — ist — sondern indirekt. Zur Illustrierung wollen wir ein Beispiel anführen: Der Vorsitzende für die deutsche Angelegenheit der Rußlanddelegation, der Betriebsrat Repke von der Turbinen-Fabrik, machte am Tage der Abreise der Delegation in der Betriebsversammlung der Turbinen-Fabrik bekannt, daß ein Delegierter von A.E.G.-Konzern nicht bei der Delegation bei ist. Er teilt mit, daß derjenige, der fahren sollte, es abrechnet habe, da er keinen Urlaub zur Reise von der Firma erhalten habe und einen anderen habe nicht gefunden. Ein Genosse trat dieser Auffassung des KPd.-Betriebsrats entgegen. Er führte aus, daß, wenn die Absicht vorhanden gewesen wäre, umbedingt einen Delegierten des A.E.G.-Konzerns zu schicken, so hätte man auch einen gefunden. Wenn die KPd. die gleiche Absicht hat, Delegierte aus der Arbeiterbewegung nach Rußland zu schicken, so muß sie die Delegierten schon in den Betriebsversammlungen wählen lassen. Hätte man so verfahren, so hätte auch der A.E.G.-Konzern, der 30.000 Proletariat beschäftigt, einen Delegierten gefunden. Hier liegt auch nur der Zweck der ganzen Sache. Das revolutionäre Proletariat kann nur der zurückkehrenden Delegation aus Rußland kritisch gegenüberstehen, denn die Delegierten sind keine Proletarier, die mit der proletarischen Revolution leben und kämpfen, sondern Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften, die höchstens die Gegensätze zwischen Sozialreform und Revolution verwischen können.

